

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Europa lockt...

2

Aus für «Leuchtturmprojekt»

10

Seiltanz der Solothurner Regierung

14

Valchava im Münstertal GR

Bild: Barbara Steinemann, Watt/Regensdorf ZH



Willkommenspolitik aus afrikanischer Sicht

Europa lockt ...

von Volker Seitz, Buchautor, ehemaliger Diplomat und Botschafter Deutschlands in Afrika

Deutschland ist das Ziel der jungen Erwachsenen in Afrika. Längst hat sich die Botschaft verbreitet, dass man dort bleiben kann – mit oder ohne Asyl. Die Reise lohnt sich also.



Radiosender und soziale Medien verbreiten eine frohe Botschaft: Wer es nach Deutschland (oder in die Schweiz – Anm. der Red.) schafft, hat beste Chancen, dauerhaft zu bleiben, egal, ob ein Asylgrund vorliegt oder nicht. Rechts-, Aufnahme- und Versorgungsansprüche sind in Einzelheiten bekannt. Diese Politik ist auch eine Gold-

grube für «Menschenschmuggler», denn es sind nicht die Ärmsten, welche die lebensgefährliche Reise wagen. An der illegalen Einwanderung verdient die organisierte Kriminalität gut. Ein Schleuser kann derzeit zwischen 1'000 und 8'000 Euro pro Person verlangen.

Auf gut Glück nach Europa

Viele Migranten haben keine Vorstellung, was sie in Europa erwartet, sie sind «auf gut Glück» aufgebrochen, wie sie Reportern von Radio France Internationale (RFI) häufig erzählten. Dennoch sind die jungen Afrikaner gut informiert. Sie kennen die «Regeln» von Landsleuten, die vor ihnen nach Europa kamen und wissen Bescheid über den Anspruch auf finanzielle Leistungen von Griechenland bis Schweden. Sie wissen auch, dass Ausweisungsbescheide nicht vollstreckt werden können, wenn die Immigranten ohne Papiere angekommen sind.

Wenn Migranten in einem europäischen Land Schutz suchen, heisst das noch lange nicht, dass sie ihn dort auch finden wollen: So können auch die meisten Ankömmlinge in Spanien ungehindert nach Norden weiterreisen. Das spanische Rote Kreuz, das im Staatsauftrag die Erstbetreuung übernimmt, händigt den Neuankömmlingen in südspanischen Küstenstädten sogar Bus-Tickets Richtung Norden aus. Nicht zuletzt das erklärt die starke Sogwirkung nach Deutschland. Über die lebensgefährlichen Erfahrungen junger Migranten beim Versuch, über Libyen oder Marokko nach Europa zu gelangen, wird in afrikanischen Radiosendungen hingegen kaum berichtet.

Entwicklungshilfe als Lösung?

Es gibt die These, dass Entwicklungshilfe für Afrika die Lösung des Migrationsproblems darstelle. Diese These wird durch die Realität widerlegt. Solange Familienplanung ein heikles Thema bleibt und grosse Teile der Entwicklungshilfe weiter in den Taschen politischer Funktionsträger der Entwicklungsländer verschwinden, solange kaum jemand im eigenen Land investiert und dadurch Arbeitsplätze schafft, wird sich das auch nicht ändern. Dafür kann man nicht die Industrieländer und ihre fälschlicherweise immer wieder als Almosenpolitik bezeichnete Entwicklungshilfe verantwortlich machen. Die Verantwortung für Erfolg oder Scheitern der Entwicklung liegt zuallererst bei den Afrikanern selbst, deren Regierungen mit ihrer unfassbaren Gleichgültigkeit vor allem Armut schaffen.

Schon heute schaffen es einige Länder kaum, alle Einwohner satt zu bekommen. Afrika ist die letzte Region der Welt mit enorm starkem Bevölkerungsanstieg

STAUFFER

- Expertisen zu Lärm und Vibrationen
- Schallschutz Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau
- Akustische Beratung und Messungen

(2,52 Prozent pro Jahr; Asien und Lateinamerika folgen mit rund 1 Prozent deutlich dahinter). Jede Frau hat im Schnitt 4,8 Kinder. Im Kongo liegt die Fruchtbarkeitsrate immer noch bei 5,9 Geburten pro Frau, in Nigeria bei 5,6. Zugleich sterben deutlich weniger Kleinkinder dank medizinischer Fortschritte. Besonders hohe Geburtenraten haben Sahel-Länder wie Niger, Mali und Tschad.

Wer arm ist, will mehr Kinder, weil er sie als Reichtum für die Familie betrachtet. Das Bevölkerungswachstum ist eine der wichtigsten Ursachen für Migration. Immer noch setzt die deutsche Hilfe andere Schwerpunkte als Familienplanung. Es gibt nur ganz wenige Chancen positiver europäischer Einflussnahmen, wie die Finanzierung von Schulen, an denen Geburtenkontrolle ausdrücklich gelehrt wird. Wer informiert und gebildet ist, verhütet eher.

Migranten als «Helden»

Zahlreiche Popsongs in Westafrika verklären Migranten als Helden. So rechtfertigt der ivorische Reggae-Musiker Tiken Jah Fakoly in «Ouvrez les frontières» («Öffnet die Grenzen») die gegenwärtige Auswanderung mit dem Traum vieler junger Afrikaner nach einem besseren Leben. Wer Europa erreiche, habe das grosse Los gezogen. Jeder Migrant, der es geschafft hat, zieht mit einem Eintrag in den sozialen Medien Freunde und Verwandte nach. Besonders Menschen

LACHEN VERBOTEN!

Alt Bundesrat Moritz Leuenberger kommt in den Himmel. Dort hängen hunderte Uhren. Er fragt Petrus, was das soll. «Jede Regierung hat eine Uhr. Macht die Regierung einen Fehler, so rücken die Zeiger ein Stück weiter», antwortet dieser. «Wo ist die Uhr des Bundesrates?» fragt Leuenberger. Darauf Petrus: «In der Küche als Ventilator.»

*

Was ist der Unterschied zwischen dem Eiffelturm und dem Schweizer Bundeshaus? Beim Eiffelturm sind die grössten Niete unten.



ohne ausreichende Schulbildung träumen immer noch von einem unermesslich reichen europäischen Paradies, in dem selbst Menschen, die keine Arbeit haben, vom Staat Geld bekommen. Spezialisierte Anwälte sind Experten darin, jeden Mandanten mit der passenden und ihm Asyl garantierenden Verfolgungsgeschichte auszustatten.

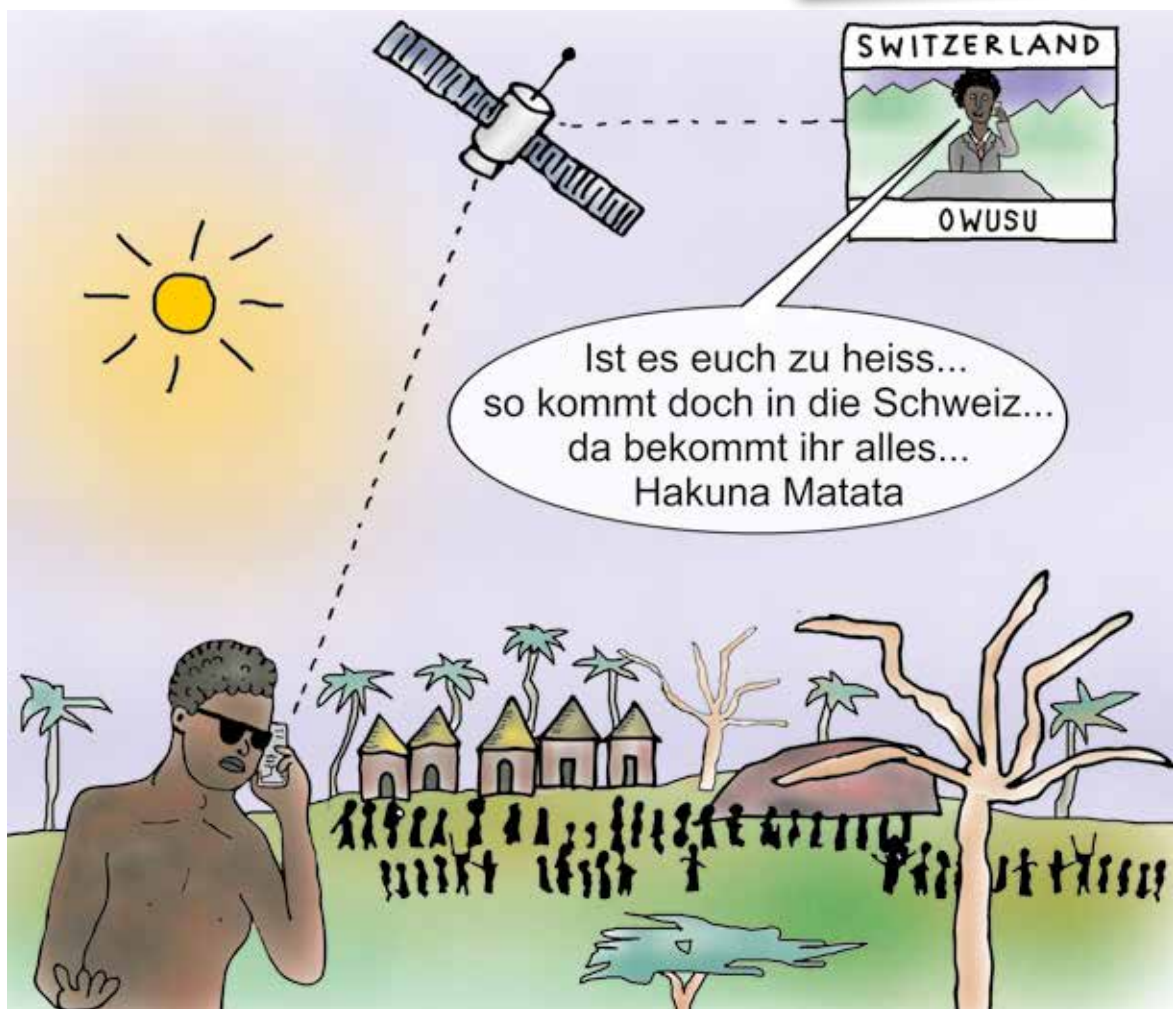
Abwanderung der Fachkräfte

Die wenigsten Menschen bringen eine Ausbildung mit. Aber es verlassen auch die wenigen Ingenieure, Ärzte (jeder vierte afrikanische Arzt arbeitet im Ausland) ihre Heimatländer. Dies hat verheerende Folgen für die Wirtschaft sowie das Bildungs- und

Fortsetzung auf Seite 4

Die Uno will das Klima als
Fluchtgrund anerkennen.

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Gesundheitssystem. Allein aus Uganda wanderten in letzter Zeit 500 Ärzte und Krankenschwestern ab – in arabische Staaten, nach Europa. Die Auswanderer schicken zwar auch viel Geld nach Hause. Eine auf Überweisungen dieser Art spezialisierte Firma wie «Western Union» boomt seit einigen Jahren. Dies ist aber das Gegenteil von Entwicklungshilfe. Für eine Entwicklung aus eigener Kraft ist es unbedingt erforderlich, dass die gut Ausgebildeten in der Heimat leben wollen.

Es wäre sinnvoll, die Zuwanderung von Fachkräften aus Entwicklungsländern zu begrenzen und stattdessen dafür zu sorgen, dass sie in ihren Heimatländern arbeiten können. Da es die Unbequemen sind, die ins Ausland gehen, lassen Afrikas Herrschende sie nur zu gerne ziehen. Präsident Paul Biya (ununterbrochen seit 37 Jahren an der Macht) hat zu meiner Zeit als Botschafter in Kamerun gar öffentlich das Recht auf Migration nach Europa gefordert.

Moralischer Imperialismus

Der Entwicklungsökonom Sir Paul Collier von der Universität Oxford, der Afrika sehr gut kennt, sagte am 3. September 2018 in einem Interview in der Printausgabe der «FAZ» mit dem Titel «Es ist tragisch, junge Afrikaner zur Migration zu verlocken»: «Die konfuse Migrationspolitik hat die Gesellschaften in Europa politisch sehr polarisiert und gespalten. – Offenkundig haben verschiedene Gesellschaften verschiedene Einstellungen zur Immigration. Das muss man anerkennen und akzeptieren. Es kann nicht sein, dass ein Land anderen sagt, was sie tun müssen. Das wäre moralischer Imperialismus.» Darüber hinaus stellte er fest, dass wir für einen Flüchtling in Europa 135 mal mehr als für einen Flüchtling in der Nähe seiner Heimat bezahlen. Die Flüchtlinge, die am bedürftigsten seien, schafften es nicht bis Europa. Die EU-Flüchtlingspolitik setze falsche Akzente.

Träume der Migrantenfamilien

Abasse Ndione schreibt in seinem Buch «Die Piroge» über die Träume der Migranten: Sie sahen sich schon in Europa: Bei ihrer Ankunft hatten sie neue Kleider

Churz & Bündig

Europaweit stiften ebenso linkslastige wie kopflose Lehrer ihre Schülerinnen und Schüler zum Streiken à la Greta an. Dass davon Schulleistungen beeinträchtigt werden könnten, dürfte mindestens jenen klar sein, denen der Verstand vom Klimawandel noch nicht fortgespült worden ist. Unvermeidlich, dass Schüler – wie derzeit unüberhörbar in Deutschland – über für sie zu schwierige Maturitätsprüfungen luthals zu klagen beginnen. Man wird sie – im Zeitalter, da Schüler nicht mehr selbständig zu denken angehalten, viel eher zu bellendem Massengeschrei mit Forderungen abgerichtet werden – wohl trotz minderer Leistung durch die Prüfungen schliefen lassen.

*

Alarmierende Schlagzeilen: Vierzig Prozent aller Schweizer Schüler erreichen in Mathematik das Lernziel nicht. Dafür machen sie im Demonstrieren glänzende Fortschritte.

*

Die Tage, da die Schweiz europaweit die tiefste Arbeitslosigkeit auszuweisen hatte, sind vorbei – weil die Masseneinwanderung verfassungswidrig nach wie vor von den sogenannten «Mitte-Parteien» und der Linken gefördert wird. Unter den Eingewanderten ist die Arbeitslosigkeit markant höher als unter den hier Geborenen und hier Ausgebildeten. Ob die Herren Vogt und Karrer vom Arbeitgeberverband und von Economiesuisse persönlich einen Beitrag an den Schlamassel leisten, den sie hier anrichten?

us

bekommen, waren auf den Kanarischen Inseln in ein Rot-Kreuz-Lager in Quarantäne gesteckt und dort geimpft worden, und man hat sie mit gutem Essen im Überfluss versorgt. Dann, am 39. Tag, hatte jeder von ihnen ein Mobiltelefon und 50 Euro erhalten. Am nächsten Tag hatte man sie mit anderen Emigranten aus demselben Lager in ein Flugzeug in Richtung Kontinent gesetzt und sie dann auf die grossen Städte des spanischen Königreichs aufgeteilt. Dabei wurde ihnen erklärt, dass sie den Status von Einwanderern ohne Papiere hätten.



safe4u
ALARMANLAGEN
MADE IN GERMANY



A. Haring
079/822 93 75



Ch. Ziegler
076/389 02 15

Vorteile der neuen safe4u 365pro Alarmanlage:

- Einfache Inbetriebnahme, sofort einsatzbereit
- Ohne WLAN/Funk, zertifiziert strahlungsfrei
- Ohne Montage und bauliche Massnahmen
- Zuverlässige Absicherung bis 800m2
- Ohne Folgekosten, Service-Abo, Wartung etc.



www.safe4u.ch

Wir beraten Sie gerne:

alexander.haring@safe4u.ch
christoph.ziegler@safe4u.ch

Die Revolution im Einbruchschutz



Beugen Sie jetzt vor!

Testen Sie die neue safe4u Alarmanlage, kostenlos - direkt bei Ihnen zu Hause!

Sehr bald hatten sie dann in den riesigen landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten begonnen, halfen bei der Weinlese, fuhren auf den Mais- und Weizenfeldern mit dem Traktor, ernteten Zitrusfrüchte, Tomaten und Oliven. Eine tolle Arbeit, viel weniger anstrengend als die harte Feldarbeit, die sie gewohnt waren, sehr gut bezahlt, 1'200 Euro, 800'000 CFA-Francs pro Monat. Ein wahres Vermögen! Die Hauptsache war jetzt, den im Dorf in der ärgsten Armut zurückgelassenen Verwandten Geld zu schicken, eine grosse Villa zu bauen, Vater, Onkel oder Mutter auf die Pilgerreise nach Mekka zu schicken und eine Toubab, also eine weisse Frau zu heiraten, um zu zeigen, dass man es geschafft hatte.

Die senegalesische Schriftstellerin Fatou Diome schreibt in ihrem Roman «Ketala»: «Während Makhous Eltern sich mit seinen gelegentlichen spontanen Geldsendungen zufriedengaben, forderten die von Memoria ihren Anteil regelmässig ein.» – «Worauf wartest du noch, um das Überleben deiner Familie zu sichern? Muss ich erst auf dem Markt den Träger machen und deine Mutter das Dienstmädchen in Dakar? Und unser Kind, unser eigen Fleisch und Blut, das uns sein Leben und seine Erziehung verdankt, lebt in Frankreich? Ich hoffe, dass du mich nicht noch einmal zwingst, dich an deine Pflicht zu erinnern.» – «Der Vater hatte ein neues, grosses Geschäft eröffnet, die Mutter wieder ein Dienstmädchen eingestellt, und ihre Geschwister gingen auf die beste Privatschule in Dakar.»

Das «Departement für öffentliche Erscheinungen» aus München realisierte in Dakar, der Hauptstadt des Senegal, ein Kunstprojekt, das sich mit den Fragen: Weggehen – Hierbleiben – Zurückkehren? befasste. «Weggehen» wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am meisten gewählt. «Fünfundzwanzig Prozent der Senegalesen sind unter 20 Jahre alt – und die Hälfte von ihnen ist auf dem Sprung, ist im Kopf schon weg!» schreibt 2016 die Soziologin Daniela Roth, eine der wenigen Afrika-Expertinnen, die das Projekt im Senegal begleitet hatte. Geändert hat sich seither nichts.

Volker Seitz



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Schwierige Zeiten



Die Desinformation hat System. Erwarten die Etablierten, also die regierenden Mächtigen, im Blick auf Wahlen massive Verluste, dann kündigen die ihnen ergebenen Medien regelmässig in dramatischen Worten ein politisches Erdbeben an.

Und tatsächlich haben jene, die für ein «Europa der Vaterländer» eintreten, die einerseits Freihandel befürworten, den einzelnen Ländern andererseits aber ihren je eigenen Charakter belassen wollen, in den Europawahlen mächtig zugelegt.

Weil innerhalb der politischen Linken gleichzeitig eine – tatsächlich umfangreiche – Wanderung von den Nur-Roten zu den Melone-Roten (ausser grün und innen rot) stattgefunden hat, tun die Medien so, als wäre der Vormarsch jener Kräfte, die an einem föderalistischen Europa festhalten und den Staaten ihre politischen Eigenheiten belassen wollen, geringer ausgefallen als prognostiziert. Die Penetranz, mit der diese Methode Anwendung findet, kann ihre Verfälschungsabsicht kaum verschleiern.

Damit kündigen die zu Brüssel bisher Tonangebenden an, dass sie jegliche Zusammenarbeit mit den als «Rechtaussen-Populisten» diffamierten Parteien und Bewegungen eines vielfältigen Europa ausschliessen. Dass hinter diesen Bewegungen aber dutzende Millionen Wählerinnen und Wähler stehen, darauf pfeifen die Brüsseler – aus Prinzip!

Das jetzt anhebende Gerangel um den Kommissionsvorsitz soll vortäuschen, dass in Brüssel immerhin Demokratie stattfindet. Doch etwas unterschätzen all jene, welche die Föderalisten jetzt als minderwertige Aussenseiter von jeglichem Einfluss fernhalten wollen: Auch in der sich weiterhin als «stärkste Kraft» feiernden Europäischen Volkspartei sitzen starke Persönlichkeiten, die Brüssels bürokratischen Zentralismus im Namen ihrer Völker ablehnen. Viktor Orbán ist der wohl gewichtigste, aber nicht der einzige Vertreter dieser Richtung.

Denen, die nur ihre Brüsseler Pfründen, ihre Brüsseler Privilegien verteidigen, dürften – ob sie sich als Schwarze, Rote oder Grüne gebärden – schwierige Zeiten bevorstehen. Das Europa des bürokratischen Zentralismus hat eine schwere Niederlage eingefahren. Postenschacher unter Wahlverlierern dürfte die Völker Europas kaum begeistern.

Ulrich Schlüer

**Spalte
rechts**

DIE  WELTWOCH

Die andere Sicht!

Die Weltwoche bereichert seit über 80 Jahren den Wettbewerb der Argumente durch die grösste Vielfalt an fundierten Meinungen. Sie schreibt und spricht aus, was andere nicht zu sagen wagen.

Überzeugen Sie sich selbst!

Jetzt
abonnieren!

Probeabo:

8 Ausgaben nur Fr. 38.–

Telefon 043 444 57 01

kundenservice@weltwoche.ch



www.weltwoche.ch/abo

Hüten Sie sich vor nachteiligen Verträgen!

Frau C.H. und ihr Sklavenvertrag

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Als Anwalt musste ich Frau C.H. helfen, aus einem sehr unvorteilhaften Vertrag herauszukommen, mit welchem sie quasi die Haussklavin ihres Nachbarn wurde. Ich staune, wie naiv gewisse Leute sind.



Frau C.H. wohnt in einer 3 1/2 Zimmer-Wohnung, die ihrem Nachbarn gehört. Der bestehende Mietvertrag ist in Ordnung. Nun aber drängt der Vermieter darauf, dass sie folgendes unterschreibt: Der Vermieter will neu selbständig Anpassungen am Mietverhältnis vornehmen können. So soll er unter anderem den Mietzins

einseitig erhöhen dürfen, die Kündigungsfristen anpassen und ihr sogar die Einrichtung der Zimmer vorschreiben können. Für sein Baugeschäft benötigt er zudem in der Hochsaison ein bis zwei Schlafplätze für rumänische Wanderarbeiter. Es will sich deshalb vertraglich das Recht sichern, diese Leute bei Frau C.H. jeweils für ein paar Wochen einzuquartieren.

Verliebt in den Vermieter

Frau C.H. möchte verständlicherweise nicht unterschreiben. Aber sie ist in den Nachbarn verliebt, obwohl der verheiratet ist. Und der Nachbar droht, sie auf die Strasse zu stellen, wenn sie nicht unterschreibe. Der neue Mietvertrag enthält einige komplizierte Regelungen, welche Frau C.H. beruhigen sollen, aber vollkommen wertlos sind: Falls Frau C.H. nicht damit einverstanden ist, dass die Fremdarbeiter bei ihr einziehen, so würden drei Bekannte, die gemeinsam bestimmt werden, entscheiden, ob die Wanderarbeiter einziehen dürfen. Diese drei Bekannten müssen aber die Meinung der Ehefrau des Vermieters dazu einholen und ihre Meinung strikte befolgen. Das heisst, wenn die Ehefrau des Vermieters den Zuzug von Mitbewohnern ebenfalls will, so werden die Rumänen einziehen.

Falls Frau C.H. die Rumänen dann aber doch nicht in ihre Wohnung lässt, wird eine Konventionalstrafe fällig. Deren Höhe wird wieder von den Bekannten in Abstimmung mit der Ehefrau verbindlich festgelegt. Ich riet Frau C.H. dringend ab, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen.

*

Vielleicht haben Sie den Kopf geschüttelt und gemerkt, dass diese Geschichte gar nicht wahr sein kann. Sie ist es auch nicht, aber fast: Einen derart dummen Vertrag soll die Schweiz nämlich mit der EU unterzeichnen. C.H. ist natürlich die Schweiz, der Vermieter die EU. Sie können «Mietvertrag» durch «Rahmenvertrag» ersetzen, die drei Bekannten sind das Schiedsgericht, und die Ehefrau des Vermieters ist der Europäische Gerichtshof EuGH. Dann stimmt die Geschichte wieder.

Sklavenabkommen

Gemäss dem vorliegenden Rahmenabkommen müssen inskünftig Rechtsakte der EU von der Schweiz übernommen werden. Sind wir nicht einverstanden, so wird die Streitigkeit im sektoriellen Ausschuss diskutiert. Ergibt sich keine Lösung, so kommt das Schiedsgericht zur Anwendung. Dieses muss aber zur Rechtsauslegung alle EU-Rechtsakte heranziehen. Sämtliche Fragen von Relevanz werden allein vom EuGH entschieden, und dessen Urteil ist definitiv und verbindlich. Ausgleichsmassnahmen (die Konventionalstrafe in unserer Geschichte) werden wiederum vom Schiedsgericht beurteilt. Die Parteien setzen alle Entscheidungen unverzüglich um; erlaubt sind nur Anträge auf «Berichtigung von im Schiedsspruch enthaltenen Rechen-, Schreib- oder Druckfehlern». Fazit: Wer solche Verträge unterschreibt, hat eine Sklavenseele und gehört bevormundet.

Hermann Lei



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00

A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



Lieber gemeinsam als einsam?

Ich vermittele seriöse Singles aus allen Alters- und Berufskategorien in der ganzen Schweiz aus meinem aktuellen, grossen Mitgliederpool bis zum Erfolg!

Ich freue mich, Sie und Ihre Partnerwünsche bei einem persönlichen, unverbindlichen und kostenlosen Beratungsgespräch kennenzulernen und auch Sie zu verlieben!

Ursula Carissimi, Tel. 079 633 32 20
Viele Kundenprofile und mehr Infos finden Sie auf www.partnerlife.ch

Die persönliche Partneragentur für Ihren Lebenspartner mit Niveau

Leserbriefe

Zum «Klima-Notstand»

Die «Klima-Aktivisten» und die demonstrierenden Schüler fordern bis 2030 «null CO₂». Dennoch fahren heute bereits Jugendliche Auto; CO₂ lässt grüssen! Meines Erachtens braucht es gegen den «Klima-Notstand» u.a. folgendes: Reduzieren wir die Raumtemperatur vor allem in Wohnungen und Schulzimmern auf 15 Grad. So wären die Schüler auch weniger erkältet, und sie hätten für das Klima etwas Sinnvolles getan. Zweitens geht zu viel Wärme ins Abwasser: Duschen, Waschmaschinen und Geschirrspüler geben Wärme ab, welche die Flüsse und schliesslich das Meer aufheizen. Und drittens muss auch das Fliegen eingeschränkt werden. Ausgerechnet die deutsche Grüne Claudia Roth ist um die Welt gejetet, angeblich, um sich ein Bild über den Klimawandel zu machen. Glaziologen haben festgestellt, dass das Erdklima natürlichen Schwankungen unterworfen ist. Aber man hört lieber auf die 16-jährige Greta, welche nach eigener Aussage «Panik und Angst» verbreiten will. Die Schüler und die Klima-Aktivisten sind gefordert: Man sollte nicht Wasser predigen und Wein trinken.

Hans Brandenberger, Adlikon bei Andelfingen



Der Herrgott und das Klima

Kürzlich fragte ich meinen Herrgott: «Lieber Gott, was müssen wir tun, damit die Klimaveränderung auf der Erde verhindert werden kann?» Der Herr lachte verhalten. «Warum lachst du mich aus?» fragte ich ein wenig beleidigt. «Ich lache dich nicht aus, ich habe nur Mitleid», sagte er. «Warum Mitleid?» – «Was denkst du, mein lieber Sohn? Glaubst du allen Ernstes, dass ihr kleinen Erdenbewohner das Klima auf meinem Planeten nachhaltig beeinflussen könnt? Ihr könnt vielleicht eure Lebensbedingungen kurzfristig zerstören, aber doch nicht langfristig mein Klima. Ich gestalte es so, wie ich es seit Millionen von Jahren in periodischen Abständen tue.»

Ich fragte weiter: «Aber mit unserem CO₂-Ausstoss durchkreuzen wir doch deine Pläne?» Der Herrgott lachte diesmal lauter und sagte: «Mein lieber Sohn, du sprichst ja schon bald wie ein Politiker. Musst denn auch du Geld beschaffen?» Langsam kroch Unmut in mir hoch. «Was hat denn das mit Geld zu tun?» fragte ich etwas verwirrt. Jetzt verfiel der Herrgott in schallendes Gelächter und konnte vor Lachen nichts mehr sagen. Und die Engel um ihn herum lachten im Chor mit. Ich verstand die Welt nicht mehr und war am Boden zerstört. Hatte ich doch ernsthaft geglaubt, als Mensch in dieser Sache etwas beitragen zu können.

Peter Schnyder, Ennenda

Ohne genügend CO₂ keine Flora ...

Die Klima-Alarmisten schrauben am atmosphärischen CO₂-Gehalt herum und bedenken keine Sekunde, wie wichtig CO₂ für Fauna und Flora (inkl. Menschen) ist. Die Roten und Grünen sprechen gar von einem klima- und umweltschädigenden Gas. Aktuell beträgt der CO₂-Gehalt 0,04 Prozent (400 ppm), und es ist anzunehmen, dass er wie in der jüngsten Vergangenheit weiter steigen wird. Dies im Gegensatz zur Temperatur, welche über 15 Jahre dem CO₂-Anstieg nicht weiter gefolgt ist. CO₂-Düngung in Treibhäusern (USA) mit 900 ppm ist ausgesprochen wachstumsfördernd und kein Problem für die Leute, die in diesen Treibhäusern arbeiten. Die US Navy bezeichnet Werte bis 5'000 ppm in U-Booten als normal. Fazit: Ohne genügend CO₂ keine Flora, und ohne Flora kein Sauerstoff (O₂) für die Fauna und die Menschen.

Franz-Xaver Spörri, Zell (Tösstal)

Einschränkung der Pressefreiheit durch die Presse

Ich bin empört, dass Leserbriefe mit kritischem Inhalt nicht veröffentlicht werden, vor allem, wenn es linkssozialistische und tiefgrüne Kreise betrifft. Die Presse und die Journalisten stellen sich selbst in die linke Ecke und kritisieren täglich traditionell denkende Bürger und bestimmen mit ihrer Weltanschauung die Definition von Demokratie. Diese einseitige Interpretation kommt einer linken Diktatur gleich. Ich stelle in meinem Umfeld fest, dass die grosse stille Mehrheit der Bevölkerung sich verunsichert fühlt ob der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Man muss die Energie aufbringen, gegen diese linkssozialistischen Kreise zu kämpfen, vor allem verbal und durch Beweise, welche die Irrationalität der linken Parteien aufzeigt. Wäre es nicht an der Zeit, bei der Presse eine Quotenregelung zu verlangen – und zwar nach der politischen Ausrichtung?

Marcel Zoss, Oberhofen

Ein eindrückliches Wirtshausschild

Die Titelseite der «Schweizerzeit» Nr. 8/2019 zeigt das Wirtshausschild «HÔTEL DES SIX COMMUNES» aus Môtiers. Das freut mich sehr, wird doch das historische Lokal seit über 20 Jahren von unserer Tochter und ihrem Ehemann, Marianne und Pierre-Alain Rohrer-Fritz, geführt. Das weitherum bekannte Restaurant wurde von Gault-Millau mehrmals ausgezeichnet, und die Küche, der unsere Tochter als Koch vorsteht, geniesst hohes Ansehen. Das unter Heimatschutz stehende Gebäude aus dem 17. Jahrhundert wurde bereits einmal als Sujet für Rahmdeckeli gewählt. Die sechs Gemeinden fusionierten vor wenigen Jahren zur Gemeinde «Val de Travers» mit Sitz in Travers. Die Bürger der Gemeinde nahe an der französischen Grenze sind patriotische Schweizer, zumal der hoch über der Gemeinde dominierende Fels mit einem grossen Schweizerwappen bestückt ist, das jährlich in einer Zeremonie in Stand gehalten wird.

Eugen Fritz, Winterthur



Franz W. zieht ins Altersheim



Bundesamt für Statistik: «Ende März 2019 lebten rund 58'500 anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz. Ihre Zahl steigt an.»
Staatssekretariat für Migration: «Asylgesuche (2018) nach Herkunftsländern: Eritrea 2'830; Syrien 1'393; Afghanistan 1'186; Türkei 1'105; Georgien 873; Algerien 747; Irak 611; Somalia 56; Nigeria 511. Total wurden 15'260 neue Asylgesuche gestellt.»

Thematischer Kontrapunkt: Nach 29 Jahren Firmenzugehörigkeit erhält der Schweizer Franz W., alleinstehend, im Alter von 61 Jahren die Kündigung. Er passe altersmässig nicht mehr ins jugendliche Image der Firma. Er ist geschockt, aber guten Mutes, einen neuen Job zu finden.

Fehleinschätzung! Vier Jahre und Hunderte von abgelehnten Bewerbungen später landet er, moralisch schwer angeschlagen, beim Sozialamt. Das Ersparnis ist aufgebraucht, die Hypotheken für das geerbte Häuschen am Ortsrand unbezahlbar. Die Bank schreibt es zur Versteigerung aus. Die Gemeinde schlägt zu und quartiert eine Asylanten-Grossfamilie aus dem Irak dort ein. Hans W.: «Als ich zwangsweise auszog, standen sie an den Fenstern und lachten.»

Er ist nun auf den Level «Sozialhilfeempfänger» abgerutscht. Lebenslange Arbeit – und nun das! Das Amt hat die Paragraphen konsultiert – kein Augenmass, keine Toleranz. Solange er noch Eigenmittel besitzt, nimmt man sie ihm ab. Gemein? Nein, Gesetz!

Es folgt eine Phase persönlicher Demütigung: Amtsbesuche, Formulare, ermüdende Besprechungen. Die Suche nach Schuldigen würde ohne Ergebnis bleiben – es liegt am ebenso gnadenlosen wie reformbedürftigen System. Die Firma darf ihn entlassen, die Bank ihr Geld einfordern, die Gemeinde die Asylanten einquartieren – und selbst der Familiennachzug der Iraki ist rechtens. Im Haus des Franz W. wohnen nun Leute, die nie einen Franken ins helvetische (Sozial-)System einzahlen, keine Miete entrichten. Logisch, womit denn?

Meine bange Frage: Ist das im Geiste der Schweizer Humanität, auf die wir so stolz sind? Franz W. wurde ins Heim abgeschoben, und da seine Rente die Kosten nicht deckt, zahlt Vater Staat den Rest. Und zwar bedeutend mehr, als wenn man ihn im alten Häuschen belassen hätte. Zum Lachen? Es bleibt einem im Hals stecken.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

COROLLA HYBRID



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

JETZT ERHÄLTlich

TOYOTA | **0.9% MIT**
FOR YOU | **FREE SERVICE**
LEASING | **VOLLGARANTIE**
| **ASSISTANCE**



Emil Frey AG
emilfrey.ch

Corolla Hybrid Style, 2.0 HSD, 132 kW, Ø Verbr. 3.9 l/100 km, CO₂ 89 g/km, En.-Eff. A, CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung 21 g/km. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle 137 g/km. Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt., CHF 44'900.– abzgl. Eintauschprämie von CHF 1'000.– = CHF 43'900.–, Leasingrate CHF 549.–/Mt., Anzahlung 17% des Brutto-Verkaufspreises, Vollkaskoversicherung nicht eingeschlossen. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0.90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Ein Angebot der MultiLease AG. Vollgarantie, Free Service und Assistance sind gemäss den entsprechenden Toyota Richtlinien und nicht an die Leasinglaufzeit gebunden. Die Leasingkonditionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung vom 20. Februar 2019 bis 30. Juni 2019 oder bis auf Widerruf.

Fünf 200 Meter-Windräder gestoppt

Aus für «Leuchtturmprojekt»

von Siegfried Hettegger, Aktuar von «LinthGegenwind»

hf. Im Rahmen der sogenannten «Energiewende» fordern die Windkraft- und Solar-Ideologen in Bundesbern einen massiven Ausbau dieser Energien. Gefordert werden dabei schweizweit 800 bis 1'000 Windanlagen. Weil dies aber zur einer Landschaftsverschandelung ohnegleichen – und wegen der unsicheren Wind- und Sonnenverhältnisse zu einer blossen «Flutterstrom»-Produktion – führen würde, regt sich starker Widerstand. Die Parlamente bzw. die Bürger sagen bei Abstimmungen praktisch immer Nein – so auch in der Linthebene.

Der Glarner Landrat hat sich am 24. April 2019 in einer mit Spannung erwarteten Abstimmung mit 30:24 Stimmen endgültig gegen die Windenergiezone bei Bilten entschieden. Damit wurde ein Windkraftprojekt gestoppt, das von den Betreibern als «Leuchtturmprojekt» für die Ostschweiz gehandelt worden war. In der Linthebene in der Gemeinde Glarus Nord sollten mitten in dicht besiedeltem Gebiet fünf 200 Meter hohe Windräder aufgestellt werden. Entgegen aller wirtschaftlichen und ökologischen Logik versuchte man, das Projekt aus politischen Gründen durchzuboxen.

Das endgültige Aus für das Windkraftprojekt «LinthWind» ist ein triumphaler Erfolg für die Bevölkerung und für den Verein «LinthGegenwind», der das Projekt mit einer engagierten Kampagne bekämpft hatte. Der Widerstand aus der Bevölkerung schwoll in den Tagen vor der Abstimmung zu einem regelrechten Sturm an. Die Leserbriefseiten waren gefüllt mit Stellungnahmen gegen das Projekt, und bei Veranstaltungen meldeten sich betroffene Bürger entschieden zu Wort. Die lokale Monopolzeitung, die zeitweise eine feindselige Kampagne gegen die Windkraftgegner führte, musste bekennen: «Ein regelrechter Sturm von Leserbriefen braust durch den Blätterwald», und kommentierte die Entscheidung resigniert: «Ein Projekt gegen so heftigen Widerstand durchzusetzen, ist

fast unmöglich.» Dieser Erfolg zeigt wieder einmal, dass sich organisierter Widerstand lohnt.

Niederlagen zuhauf

Das Ende für «LinthWind» setzt die Niederlagen des vom Bund forcierten Windkraftausbaus fort:

- Appenzell entschied sich im Juli 2018 gegen die Windenergie.
- St. Gallen strich kürzlich die Windzone bei Sargans aus dem Richtplanentwurf.
- Im Kanton Thurgau musste in einer Neubeurteilung zwei von ursprünglich acht Windzonen streichen, die übrigen Gebiete wurden zum Teil massiv verkleinert.
- Im Kanton Schaffhausen soll eine Windindustriezone auf dem Chroobach errichtet werden. Es gab 1'300 Einwendungen gegen das Projekt.
- Auch die Bürger von Court (BE) entschieden mit 222:93 Stimmen gegen ein Windkraftprojekt mit sieben Turbinen auf den Jurahöhen.

Das einzige Grosswindkraftwerk in der Ostschweiz steht in Haldenstein bei Chur. Es produzierte 2017 Strom im Marktwert von 200'000 Franken und erhielt dafür eine Vergütung von über 800'000 Franken. Windgeneratoren in der Schweiz sind in erster Linie Subventionsgeneratoren. Sie generieren dreimal mehr Subventionen als Strom zu Marktpreisen.



3D-Visualisierung des geplanten Windkraftprojektes «LinthWind» bei Bilten in Glarus Nord
©Verband Freie Landschaft Schweiz/LinthGegenwind

1'000 Windkraftanlagen?

Die Bevölkerung setzt sich immer mehr gegen die Beeinträchtigungen durch Windkraftprojekte zur Wehr; der vom Bund gewünschte Bau von 800 bis 1'000 Windkraftanlagen gemäss «Energiestrategie 2050» erweist sich als völlig illusorisch. Heute bestehen 37 Anlagen, die gerade einmal 0,2 Prozent (kein Druckfehler, in Worten: null Komma zwei Prozent) zur Stromproduktion beitragen. Die Schweiz ist zu

kleinräumig, zu dicht besiedelt und hat zu wenig Windpotential. Nach realistischen Schätzungen hat Windenergie nur ein Nischenpotential von maximal zwei Prozent an der Stromproduktion.

Medien, Vertreter der Windindustrie und Politiker klagen über die Flaute beim Ausbau der Windenergie. Reto Rigassi des Branchenverbandes Suisse Eole macht sich Sorgen über die «gut organisierte Gegnerschaft». Suisse Eole erhielt Millionenzahlungen vom Bundesamt für Energie (BFE) mit dem ausdrücklichen Auftrag, die Meinung der Bevölkerung zur Windenergie zu manipulieren. Der Verband Freie Landschaft Schweiz hatte diesen Skandal aufgedeckt («Bund zahlt Millionen an Wind-Lobby», Sonntagszeitung vom 7. Mai 2017).

Letztes Beispiel der Propaganda des Bundes ist ein Artikel in der «Sonntagszeitung» («Wissenschaftler erforschen Vorurteile», 27. Januar 2019), der von der BFE-Plattform «Energie Schweiz» zusammen mit dem Medienkonzern Tamedia (!) gesponsert wurde. Das Werk trägt die Handschrift von Spin Doctors und verwendet bekannte Techniken der Meinungsmanipulation, um die Kritiker der Windenergie als Deppen hinzustellen.

Siegfried Hettegger

Siegfried Hettegger ist Aktuar von «LinthGegenwind» – des Vereins zum Schutz der Linthebene vor Windkraftanlagen.

Die «schöne neue Welt» hat fatale Folgen

h. Die Studie «Energiesysteme der Zukunft» der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, die sich auf Windkraft und Fotovoltaik konzentriert, kommt zum Schluss: «Die installierte Leistung an Windkraft und Fotovoltaik müsste bei gleichbleibendem Energieverbrauch gegenüber heute versiebenfacht werden.» Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, ehem. SPD-Umweltsenator in Hamburg und Berater der Bundesregierung für Energiefragen, schreibt dazu in der «Weltwoche» Nr. 20/2019:

«Deutschland hat bereits heute 28'000 Windkraftanlagen mit einer Kapazität von 57'000 Megawatt; bei der Fotovoltaik sind es 46'000 Megawatt. Eine Versiebenfachung der Solaranlagen würde fast alle möglichen Dachfassaden und andere Siedlungsflächen erfassen. Eine Versiebenfachung bei der Windenergie würde selbst bei einer Verdoppelung der Kapazität der einzelnen Generatoren die deutsche Landschaft radikal verändern. Verteilt in einem Netz übers ganze Land käme alle 1,5 km eine 200 Meter hohe «Windmühle» zu stehen. Der süsse Traum der sanften Wende entpuppt sich als ökologischer Albtraum.»

Dazu kommt, dass Wind- und Solarenergie «Flutter-Energien» sind, die nur anfallen, wenn das «Wetter» stimmt – und deren Speicherfähigkeit zudem sehr beschränkt ist. Auch ökonomisch ist die «Wende» wegen der gigantischen Kosten ein Irrweg.

Willkommen im Restaurant Kleefeld!

Das Restaurant Kleefeld ist der beliebte Treff in Bern-Bümpliz und das Stammlokal der Samariter.

Gerne verwöhnen wir Sie mit zahlreichen köstlichen Spezialitäten aus gut bürgerlicher Küche!

Täglich servieren wir Ihnen mittags zwei Tagesmenüs inkl. Tagessuppe oder Salat zum Preis von Fr. 16.50 und Fr. 17.50, sowie den «Wuche-Hit» für Fr. 25.50.

Abends wählen Sie aus zahlreichen à-la-Carte-Speisen aus und geniessen im Anschluss ein köstliches Dessert.

Für Gruppen bieten wir auch ein feines Käse-Fondue oder Fondue Chinoise an.

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, Pavillon, gemütlichem Bistro / Tea-Room, Raucher-Bar und Sommer-Terrasse lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilt in zwei Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, Vorträge etc. – Gerne unterstützen wir Sie bei der Planung Ihres Anlasses.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Nationalrat Erich Hess und das «Kleefeld» Team!



Besuchen Sie das Restaurant Kleefeld, das Stammlokal der Berner Samariter, und erhalten Sie ein Gratis-Jasskarten-Set*!

*französisches Blatt, solange Vorrat



Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch

www.rest-kleefeld.ch

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag

Gratis-Parkplätze vorhanden
(Einstellhalle)



Neues Kampfflugzeug, zielgenauere Waffensysteme

Armee ohne Kampfpanzer?

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Oberstleutnant, Eglisau ZH

Die kürzlich gefällten Richtungsentscheide des VBS zur Zukunft unserer Luftwaffe und der Boden/Luft-Verteidigung sowie die Überlegungen zur Modernisierung der Bodentruppen sind als Grundlage brauchbar, aber zwingend verbesserungsbedürftig.

Zentral und verbindlich ist selbstverständlich der Kernauftrag der Armee gemäss Bundesverfassung Artikel 58: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Auch im Zeitalter sogenannt hybrider Bedrohung (Vermischung von konventionellen mit irregulären/terroristischen Kampfweisen) muss die Armee unser Land, unsere Freiheit, unsere Bevölkerung, unsere Sicherheit und Unabhängigkeit schützen und verteidigen können. Dies sowohl unterhalb der Kriegsschwelle – wenn es beispielsweise bei einer terroristischen Bedrohung darum geht, wichtige Infrastrukturen wie Flughäfen, Verkehrstransversalen, Energie- und Versorgungszentren über längere Zeit zu bewachen und zu schützen – als auch oberhalb der Kriegsschwelle, wenn der Verteidigungskampf, auch gegen sogenannte «moderne» Bedrohungen, geführt werden muss.

Weil ein Konflikt in der Regel mit Luftraumverletzungen beginnt, und erst recht, um einen Luftkampf mit entsprechender Durchhaltefähigkeit bestehen zu können, brauchen wir ab 2030 mindestens 40 moderne Kampfflugzeuge. Dafür ist der vorgesehene Planungskredit von sechs Milliarden Franken zu knapp bemessen; die Aufstockung auf sieben Milliarden erhöht die Handlungsfreiheit und wird auch eine Volksabstimmung bestehen, wenn sich die Armeebefürworter zusammenschliessen und die Beschaffung überzeugend begründen.

Zusammen mit der ebenfalls dringlichen Erneuerung der Boden/Luft-Verteidigung (Bodluf) für zwei Milliarden sind das insgesamt neun Milliarden Franken über einen Zeitraum von zehn Jahren. Verglichen mit



Kampfpanzer Leopard im Ortskampf

den jährlich rund drei Milliarden Franken für die oft fragwürdige Entwicklungshilfe – sowie mit den jährlich gegen zehn Milliarden für das Asylunwesen (bei einer seriösen Vollkostenrechnung) – ist dieser Betrag für unsere Sicherheit mehr als gerechtfertigt.

Selbstverständlich ist in absehbarer Zeit auch die Bewaffnung und Ausrüstung unserer Bodentruppen zu modernisieren – und zwar wie die «Bodluf» über das normale VBS-Budget. Weil ein allfälliger Konflikt infolge der immer dichteren Besiedlung unseres Landes vermehrt im überbauten Gebiet stattfinden wird, und weil zunehmend mit der erwähnten «hybriden» Kampfweise zu rechnen ist, müssen die Kampfmittel der Bodentruppen sehr zielgenau sein, um die Zivilbevölkerung zu schonen und Kollateralschäden möglichst zu vermeiden.

Die Konsequenz: Wir brauchen vermehrt «intelligente» Waffensysteme (Artillerie, Feuerunterstützung,

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

GOAL GLOSSAR
Kontinuität

Kontinuität
<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Präzisionswaffen). Auch der moderne Kampfpanzer hat auf lange Sicht nicht «ausgedient», wie man das im VBS offenbar in Erwägung zieht. Kampfpanzer werden in allen Armeen erneuert. Sie spielen als mobile, feuerstarke und schützende «Festungen» auch im überbauten Gebiet eine zentrale Rolle. Und sie wirken ebenso als abschreckende «Respektsgebilde» bei Einsätzen unterhalb der Kriegsschwelle.

*

Die bürgerlichen Parlamentarier(innen) sind nun gefordert. Sie müssen sich geschlossen und überzeugend für diese Beschaffungen einsetzen – anders als beim «Gripen», wo Leute wie Philipp Müller, FDP/AG, als «Totengräber» gewirkt haben – und anders als bei der milliardenschweren Liquidation der modernen Festungsminenwerfer, für welche einige Bürgerliche den Kampf angeblich geführt haben, aber derart «diskret», dass die Öffentlichkeit davon gar nichts gemerkt hat.

Hans Fehr

Swissmem: Unverantwortlich!

hf. Der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) fordert Gegengeschäfte (Offsets) von 100 Prozent des Kaufpreises des neuen Kampfflugzeugs, obwohl der Kaufpreis dadurch massiv verteuert wird. Swissmem droht, dem Rüstungsprojekt andernfalls die Unterstützung zu verweigern. Es ist höchste Zeit, dass die Verbandsführung unter Hans Hess (immerhin Generalstabsoberst und Regimentskommandant aD) Vernunft annimmt und die vom Bundesrat anvisierten mindestens 60 Prozent akzeptiert. So können gezielt solche Gegengeschäfte angestrebt werden, welche unsere Industrie und Technologie im Sicherheitsbereich stärken. Das Spiel mit dem Feuer, zumal von Armeebefürwortern angezettelt, ist unverantwortlich.

? Frage der Woche – Lösung

In der «Schweizerzeit» Nr. 9 haben wir die folgende Frage gestellt:

In der Schweiz erfolgten im Jahre 2018 insgesamt 30'000 Festnahmen. Wieviel davon kamen nur deshalb zustande, weil die Schweiz auf das Schengen-Fahndungssystem zurückgreifen konnte?

Richtig ist die Lösung D: 285 (Die Wirksamkeit von «Schengen» ist also äusserst bescheiden.)

Wer die richtigen Antworten eingesandt hat, nimmt an einer Verlosung teil. Die Gewinnerin/der Gewinner erhält eine Einladung an die nächste Tafelrunde der «Schweizerzeit» (Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Herausgeber Ulrich Schlüer).



Das Büro Ha deckt auf!



Eigenartige Entwicklungshilfe: Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat einen Beitrag an die Stadt Lviv (Lemberg), Ukraine, im Umfang von 72'000 Euro geleistet. Zweck des «Zustupfs»: Neugestaltung der Strasse zum Stepan-Bandera-Denkmal in der Stadt. Dieser Bandera war in den Kriegsjahren bis 1943 für den Tod von über 100'000 polnischen Zivilisten und ukrainischen Juden verantwortlich. Entwicklungs- und Fördergelder für Kriegsverbrecher. Niemand im BMZ ist verantwortlich.

*

EU-Bevormundung ohne Grenzen. Das EU-Parlament ist wieder auf Abwegen. Die Abgeordneten (Grundgehalt 12'000 Euro/Monat, plus x Zusätze) haben eine Richtlinie verabschiedet, die ab dem 1.1.2021 in Kraft tritt. Verboten werden Einweg- und Wegwerfartikel aus Kunststoff: Einweggeschirr, Plastikbesteck, Trinkhalme, Wattestäbchen, Luftballonstäbe, Trinkbecher, Lebensmittelverpackungen aus aufgeschäumtem Polystyrol usw. Weiter in Sachen Flaschen: Ab 2025 müssen PET-Flaschen aus mindestens 25 Prozent recyceltem Material bestehen. Das bedeutet, dass u.a. das Lebensmittelgesetz angepasst werden muss. Fazit: Das Feldgeschirr (Gamelle) feiert demnächst ein echtes Comeback!

*

Linksterror in Deutschland. 2017 haben die Gewalttaten mit links-extremem Hintergrund um satte 37,2 Prozent zugenommen. Trend steigend. Diese Gewalttaten richteten sich zu fast 70 Prozent gegen Polizei- und Sicherheitsbehörden. In Städten sind teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände feststellbar. Die linken und farblosen Politiker weigern sich, das zur Kenntnis zu nehmen. Von Durchgreifen, und Durchsetzen keine Spur. Wer solchen Terror duldet, ist eine verfassungsfeindliche Organisation. Zurück in die Schweiz: Jeder Polizeikommandant bestätigt Ihnen, dass linksradikale Gewalt massiv vorherrscht.

*

Etwas gehört im Lande der Zensur? Wir haben die (unvollständigen) Polizeimeldungen in Deutschland vom 19. und 20. Januar im Bereich der Schwerekriminalität angeschaut. Je 1 Mord in Düsseldorf, Frankfurt, Hannover und Nürnberg. 3 Mal Vergewaltigung, 1 Raubüberfall und 1 Mal Migrant-Mob mit 30 Beteiligten. Alles ausgeübt durch die zugewanderten «Fachkräfte» und «Schutzbedürftigen». Von den «kleinen Dingen», wie Belästigung, Diebstahl, Einbruch (in Massen) reden wir schon gar nicht. Was wir schon lange bemerkt haben: Der Sozialist Ralf Stegner hat öffentlich zugegeben, dass Herr Maassen gehen musste, damit man die AfD überwachen kann. Das Renten Kürzungsverfahren läuft. Weil er nicht geschwiegen hat. So läuft das bei Frau Merkel. Sie kennt sich da aus.

Tis Hagmann

Mauscheleien mit staatlich verordneten Solidaritätsbeiträgen

Seiltanz der Solothurner Regierung

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Kantonsrat Rémy Wyssmann, Oensingen

Der Kanton Solothurn ist stolz darauf, ein Sonderfall zu sein. Entsprechend pflegt er Eigenheiten, die es anderswo in der Schweiz nirgends gibt.



Solothurn ist der einzige Kanton, in welchem die Staatsangestellten – rund elftausend an der Zahl – einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind. In allen anderen Kantonen bestimmen die kantonalen Parlamente über Gehälter und Arbeitsbedingungen der Staatsangestellten in der Verwaltung, in den Gerichten, in den staatlichen Spitälern sowie der Lehrerinnen und Lehrer.

Erheblicher Geldfluss

2004 wurde dieser Gesamtarbeitsvertrag beschlossen. Seine Anwendung wird seither von einer paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kommission (GAVKO) überwacht. Jeder solothurnische Staatsangestellte wird mit diesem Gesamtarbeitsvertrag verpflichtet, monatlich einen «Solidaritätsbeitrag» in der Höhe von fünf Franken (also 60 Franken im Jahr) in die Kasse einer «einfachen Gesellschaft» zu überweisen, die von der GAVKO beaufsichtigt wird. Jährlich fliessen so rund 660'000 Franken in diese «Solidaritätskasse».

Dass Schaffung und Organisation dieses schweizweit einmaligen Gesamtarbeitsvertrags für Staatsangestellte anfänglich erhebliche Kosten verursacht haben dürften, wird allenthalben anerkannt. Als Mitglied des Solothurner Parlaments verlangte SVP-Kantonsrat Rémy Wyssmann aus Oensingen vor einigen Monaten aber auch Aufschluss darüber, wofür diese jährlich rund 660'000 Franken heute, da dieser Gesamtarbeitsvertrag längst funktioniert, verwendet

würden. Eine Forderung, die offensichtlich ein ganzes Rudel schlafender Hunde aufgeweckt und zu lautem Bellen veranlasst hat.

Die Solothurner Regierung antwortete Rémy Wyssmann, dass die von der GAVKO beaufsichtigte einfache Gesellschaft die bei ihr jährlich eingehenden 660'000 Franken an jene Gewerkschaften und Verbände weiterleite, die am Solothurner Gesamtarbeitsvertrag beteiligt sind. Es profitieren also der Solothurner Staatspersonalverband, der Lehrerverband, der Verband Öffentlicher Dienste (VPOD), der Verband der Assistenz- und Oberärzte (VSAO) sowie der Berufsverband für die Pflegeberufe, Sektion Aargau-Solothurn – abgestuft nach der Mitgliederzahl der einzelnen Verbände.

Nur Verbandsmitglieder profitieren

Mit den an diese gewerkschaftlichen Organisationen überwiesenen Geldern – die sämtliche Staatsangestellten zahlen müssen – entwickeln diese Verbände Aktivitäten, teils auch reine Lustbarkeiten, sowie Initiativen, von denen ihre Mitglieder sehr wohl profitieren. Jene Staatsangestellten, die keinem Verband angehören, erhalten für ihre Solidaritätsleistung von jährlich 60 Franken hingegen nichts.

Weil Kantonsrat Rémy Wyssmann diesen Tatbestand als stossend und rechtlich kaum haltbar beurteilte, richtete er mittels einer geharnischt abgefassten Interpellation weitere Fragen an den Regierungsrat: Wie er dazu komme, Staatsangestellte zu einer «Solidaritätsabgabe» zu verknurren, von deren Nutzen bloss Auserwählte, also Gewerkschafts- bzw. Verbandsmitglieder profitieren könnten.

Die Regierung sah sich zu einer Belehrung veranlasst: Es handle sich, verkündete sie von hohem Ross herab, bei den via GAVKO den Verbänden zufließenden Geldern nicht um Staatsbeiträge, also nicht um Steuergelder. Vielmehr um von Personen einbezahlte Beträge. Das entbinde die Regierung von weitergehenden Aufsichtspflichten. Die kantonale Finanzkontrolle überwache bloss, ob die Überweisungen von der GAVKO an die einzelnen Mitgliedverbände den tatsächlich ausgewiesenen Mitgliederbeständen dieser Verbände entsprächen.

Beschlossen wurde etwas anderes

Eine Antwort, die sich umgehend als Rohrkrepierer entpuppte. Denn Wyssmann konfrontierte die

Solothurner Regierung postwendend mit dem vom Regierungsrat 2004 anlässlich der Schaffung des Gesamtarbeitsvertrags für das Staatspersonal selbst gefassten Beschluss zu den dem Personal finanziell auferlegten Solidaritätsleistungen. Der Titel zum damaligen Beschluss lautet wie folgt:

«Gesamtarbeitsvertrag: Revision des Vollzugs der Solidaritätsbeiträge bei den vertragsschliessenden Personalverbänden; Bestimmung der kantonalen Finanzkontrolle als Revisionsstelle».

Im Beschluss wird weiter ausgeführt:

«Die kantonale Finanzkontrolle wird als Revisionsorgan mit der Prüfung der Geschäfts- und Rechnungsführung im Vollzug der Solidaritätsbeiträge beauftragt. Sie prüft die von der GAV-Kommission genehmigte Jahresrechnung der «einfachen Gesellschaft: Solidaritätsbeiträge», die bestimmungsgemässe Verwendung der Beiträge innerhalb der einfachen Gesellschaft sowie die Weiterleitung der Beiträge an die Personalverbände.»

Seltene «Parität»

Die überheblich formulierte, lückenhafte und im entscheidenden Punkt unrichtige Antwort der Regierung veranlasste SVP-Kantonsrat Rémy Wyssmann zu weiteren Fragen: Insbesondere wollte er die genaue Zusammensetzung der GAVKO in Erfahrung bringen, welche die «einfache Gesellschaft» mit den ihr zufließenden Finanzmitteln nach aussen vertritt.

Wyssmann erfuhr Wunderliches: Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsenden je sieben Mitglieder in die GAVKO – auf den ersten Blick scheint die Forderung nach paritätischer Vertretung erfüllt.

Auf den zweiten Blick allerdings weniger. Denn auf der Arbeitgeberseite sitzen keineswegs vom Volk gewählte Regierungsräte oder allenfalls auch Kantonsräte in der GAVKO. Die Arbeitgeberseite ist vielmehr durch sechs Chefbeamte unterschiedlicher Departemente und Institutionen in dieser Kommission vertreten. Nur ein einziger Arbeitgebervertreter ist tatsächlich



AUS GRENDELMEIERS

«REICH DER MENSCHEN»



Vor Zeiten schien noch ziemlich klar, was für die Menschen «Heimat» war: In jeder Beiz am Nachbartisch verstand und sprach man schweizerisch.

Nun ist die Welt zu uns gekommen! Sie hat uns den Begriff genommen, und wir sind es bereits gewöhnt, dass alles babylonisch tönt.

Arbeitgeber. Chefbeamte sind indessen keineswegs Arbeitgeber. Sie sind Angestellte – genau gleich wie die offiziellen Vertreter der Angestelltenverbände. In der GAVKO sitzen faktisch also dreizehn öffentliche Angestellte einem einzigen Nicht-Angestellten gegenüber. Und die Regierung toleriert diese kaum statutengerechte Zusammensetzung seit Jahren.

Zweckentfremdung von Geldern

Dass diese Tatsache von erheblichem Belang ist, zeigt das Ergebnis einer Recherche der Solothurner Zeitung, publiziert am 18. Oktober 2018. Die Zeitung hatte herausgefunden, dass in der Pensionskasse des solothurnischen Lehrerverbands eine erhebliche Finanzlücke klaffte. Und ihre Recherchen ergaben, dass dem Lehrerverband mit Zustimmung der gesamten GAVKO ein «einmaliger Beitrag für die Ausfinanzierung des Fehlbetrags der Pensionskasse von 90'087.60 Franken überwiesen worden ist – »vereinbarungsgemäss«, wie den Begleitausführungen zum Beschluss zu entnehmen sei.

Damit wurde eine rund zwei Jahre früher von der kantonalen Finanzkontrolle veröffentlichte Beteuerung widerlegt, die behauptet hatte, dass keinerlei Hinweise auf Zweckentfremdung von Abgaben an die «einfache Gesellschaft» bestünden.

Kantonsrat Rémy Wyssmann sah sich veranlasst, der Solothurner Regierung in einem weiteren Punkt zu widersprechen: Er habe der Regierung nie vorgeworfen, es würden Steuergelder zweckentfremdet. Aber die allen Staatsangestellten auferlegten «Solidaritätsbeiträge» seien staatlich angeordnete Zwangsabgaben. Als solche unterlägen sie gleicher amtlicher Finanzkontrolle wie Staatsbeiträge. Die Regierung könne sich von der ihr auferlegten Kontrolle der effektiven Verwendung der «Solidaritätsbeiträge» keinesfalls dispensieren.

Schlüsselfigur Pirmin Bischof

Ein pikantes Detail zu den kaum ordnungsgemässen Solothurner Finanzflüssen vermittelte Philipp Gut via

Fortsetzung auf Seite 16

Asyl-«Recht» nach linker Basler Art

R(h)einschrift



Im April 2019 hat der Grosse Rat Basel-Stadt einen einmaligen Rechtsbruch begangen. Auf Antrag der vorberatenden Petitionskommission hat eine Parlamentsmehrheit eine Petition an den Regierungsrat überwiesen. Diese verlangt, dass ein zur Abschiebung vorgesehener Flüchtling trotz geltendem Dubliner Übereinkommen nicht an Österreich rücküberführt werden soll.

Dabei wurden das rechtsstaatliche Verfahren der österreichischen Migrationsbehörden und das Urteil des obersten Gerichtshofes Österreichs negiert – und ebenso die in der Schweiz durchgeführten Asylabklärungen. Doch damit nicht genug. Nachdem das Parlament die Empfehlung ausgesprochen hatte, dass sich der Regierungsrat, entgegen den Fachinstanzen im Justiz- und Sicherheitsdepartement, beim Bund für einen Verbleib des Flüchtlings einsetzen solle, hat dieser beschlossen, einem allfälligen Abschiebeentscheid des Bundes keine Folge zu leisten.

Dieser einzigartige Rechtsbruch der rot-grünen baselstädtischen Regierungsmehrheit entlarvt die Regierung in mehrfacher Hinsicht. So wurde nicht nur die Meinung der

Fachbehörden in der Verwaltung negiert. Auch der zuständige Sicherheitsdirektor, ein FDP-Mann, wurde durch einen Mehrheitsentscheid, wohl 4:3, im Kollegium brüskiert. Gleichzeitig will sich der Regierungsrat dem Bund widersetzen und sich auch nicht an das Schengen/Dublin-Abkommen halten, das er beim Waffengesetz als sakrosankt erklärt hat.

Dabei ist die Ausgangslage simpel. Der junge Mann hat in Österreich einen Asylantrag gestellt. Dieses Gesuch wurde höchstinstanzlich abgelehnt. Der Mann ist danach in Österreich unter- und in der Schweiz aufgetaucht. Hier hat er ebenfalls einen Negativentscheid erhalten und sollte bis im Sommer 2019 nach Österreich abgeschoben werden. Nur dank einem findigen linken Anwalt hat er, weil Einzelschicksale immer berühren, eine Petition lanciert und kann nun, dank dem linksdominierten Basler Regierungsrat, damit rechnen, dass für ihn geltendes europäisches Rückführungsrecht ausser Kraft gesetzt wird.

Es bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat diesen Amtsmissbrauch der baselstädtischen Regierung korrigiert und die Abschiebung vornimmt. Ansonsten macht sich nicht nur Basel-Stadt, sondern auch die Eidgenossenschaft lächerlich.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Fortsetzung von Seite 15

«Weltwoche» am 10. Oktober 2018 der Öffentlichkeit: Eine Schlüsselrolle in den kaum genügend kontrollierten Finanzabläufen via der GAVKO unterstellten «einfachen Gesellschaft» spielt offensichtlich der Sekretär des Staatspersonalverbands, der in dieser Eigenschaft auch als Arbeitnehmervertreter in der GAVKO sitzt: Ständerat Pirmin Bischof (CVP). Dieser hüllt sich zu den Stück für Stück freigelegten, unübersichtlichen, vielleicht auch sorgfältig getarnten Finanzabläufen rund um die staatlich verordneten «Solidaritätsabgaben» in ebenso penetrantes wie vielsagendes Schweigen.

Einer aber handelt: Mittels Parlamentarischer Initiative verlangte Rémy Wyssmann, die sechsköpfige Arbeitgebervertretung des Kantons in der GAVKO sei fortan durch den Kantonsrat zu wählen. Wählbar für diese Funktion seien ausschliesslich Mitglieder des Kantonsparlaments – während der siebte Arbeitgebervertreter, der die Einwohnergemeinden des Kantons Solothurn vertritt, weiterhin durch den Gemeindeverband bestimmt werden solle.

Weitere Kapitel in dieser sich laufend ausweitenden Auseinandersetzung dürfen wohl noch erwartet werden können.

S.

Das Gespräch mit Kantonsrat Rémy Wyssmann führte Ulrich Schlüer.

Ihr Partner bei

FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen

FIDURA

FIDURA TREUHAND AG
 Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug
 Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:
 Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat
 Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte

Verschwenderinnen und Heuchler

So ist sie nun also auf der Liste der Grünen, das attraktive Model, das plötzlich sein politisches Gewissen entdeckt hat. Die Dame, die zwischen zwei Wohnsitzen – London und Zürich – laufend pendelt. Fliegend natürlich. Die sich zur Nominierung mit Feriengrüßen aus Bali gemeldet hat, wohin sie weder zu Fuss noch mit der Eisenbahn gelangt sein dürfte.

Dass sie, die Neu-Grüne, dauernd kreuz und quer den Erdball befliege, das belaste keinerlei Öko-Bilanz, argumentiert sie. Denn sie überweise dafür laufend erkleckliche «Entlastungs-Kompensationszahlungen» zugunsten irgendwelcher Drittweltländer.

Akzent

Damit sei – amtlich bezeugt – ihr Gewissen entlastet.

Die Grünen akzeptieren's. Wer fürs Vielfliegen massive Ablasszahlungen in öffentliche – von den Grünen zumindest mitkontrollierte Kassen – zu schütten imstande ist, wird freigesprochen von Umweltbelastung. Nur der oder die, die nicht gleichermassen wie das Model im Geld schwimmen, die also nicht gleiche Ablasszahlungen in grüne Kassen leeren können, werden beschuldigt und getadelt, Ökosysteme zu zerstören. Selbst Beschimpfungen müssen sie dafür in Kauf nehmen.

Die Zweiklassen-Gesellschaft erlebt ihre Wiedergeburt.

Der Gewissensentlastungs-Fonds, in welchen reiche Vielflieger ihre Ablasszahlungen schütten können, ist – zumindest für die Funktionäre internationaler Rechthaber-Organisationen – eine schlechthin geniale, weil allseits gelobte Erfindung. Denn all diese Zahlungen laufen über staatliche Kanäle. Das sichert den Vielfliegern wohlgefällige Zustimmung all jener, die diese Finanzkanäle anzupapfen verstehen. Und auch all die Potentaten in afrikanischen und anderen Ländern bekunden sichtliches Wohlgefallen ob der zusätzlichen Millionen, die ihnen zufließen.

Das System läuft wie geschmiert: Die Potentaten sorgen – was ihnen leicht fällt – dafür, dass die Ablass-Millionen nicht etwa Entwicklung und Umweltverbesserung bewirken. Denn solange ihre Länder in Armut und Verschmutzung verharren, fliessen den Potentaten die Millionen in ihre Kassen, laufend reichlich nachgeschoben von reichen Europäern, denen die Grünen ob ihrer Vielfliegerei ein schlechtes Gewissen einzureden verstehen.

Das System – die Internationale der Funktionäre hat dafür den Begriff «Entwicklungshilfe» erfunden – ist eigentlich längst durchschaut – selbst von den Grünen. Dass damit Benachteiligten geholfen werde, ist reine Heuchelei.

Klimapolitik ist Ersatz-Religion. Und Ablasshandel ist fester Bestandteil dieser Religion. Es sind die Mächtigen, nicht die Benachteiligten, die davon profitieren.

us

Churz & Bündig

Avenir Suisse, einst ein Think Tank mit Schwerpunkt «Freiheitliche Wirtschaftsordnung», mutiert mehr und mehr zum dumpfen Propagandisten des EU-Rahmenvertrags im Schlepptau Bundesberns. Sie hätten, behaupten Avenir Suisse-Exponenten, «Alternativen» zur Unterzeichnung dieses Rahmenvertrags durchgerechnet. Alles sei viel teurer als die Preisgabe der Eigenständigkeit an die Herrschenden zu Brüssel, verkünden sie.

Gleichzeitig stellt ein europaweit tätiges Institut der Wirtschaftswissenschaften fest, dass die Schweiz am meisten profitieren würde, selbst wenn die EU auseinanderfiele. Im Gegensatz zu allen anderen Staaten würde das hierzulande einen Wachstumschub auslösen. Interessant, die Schlussfolgerungen angeblich unabhängiger Forschungsinstitute miteinander zu vergleichen.

us

FADEGRADE MALER

SOFORT-SERVICE

Ihr Maler für alle Fälle

**SCHWEIZER MALER ERLEDIGT IHRE AUFRÄGE
PROMPT UND ZUVERLÄSSIG**

Nur gelernte CH-Maler suchen Aufträge; Fassaden, Wohnungen, Büros etc.

Vorarbeiten gründlich, Anstriche pünktlich.

Robert Wenger
alt Kantonsrat SD

robert-wenger@bluewin.ch

Klotenerstrasse 39
8303 Bassersdorf

Tel. + Fax 044 811 42 40
Natel 079 438 81 70

tapeziert, spritzt + malt



Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über
alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.

Tel: 041 725 35 45

Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH

MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

Angriffe auf Polizisten sind ...

... Angriffe auf den Rechtsstaat

von Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Seit geraumer Zeit werden Polizistinnen und Polizisten bei der Erledigung völlig unspektakulärer Routineaufgaben von zufällig anwesenden Chaoten angegriffen.



Bei der Täterschaft handelt es sich vielfach um herumziehendes Partyvolk auf der Suche nach einem Ventil gegen Frust, Langeweile und Perspektivenlosigkeit oder aus purer Dummheit heraus. Oft sind Alkohol und/oder Drogen mitursächlich für das Tatverhalten.

So wurde am vergangenen Gründonnerstag eine Patrouille der Stadtpolizei Zürich zu einem Containerbrand beordert. Nachdem die Feuerwehr von «Schutz und Rettung Zürich» das Feuer unter Kontrolle gebracht hatte und der Einsatz aus polizeilicher Sicht abgeschlossen war, warfen mehrere Personen Flaschen und Steine gegen die Polizisten und Polizeifahrzeuge. Dabei wurde ein Zürcher Stadtpolizist von einem Stein getroffen und verletzt. Am Ostersamstag kam es erneut zu einem Vorfall mit der exakt gleichen Ausgangslage. Auch da wurden nach einem kleinen Brandfall die Polizeibeamten mit Flaschenwürfen eingedeckt und mussten zum eigenen Schutz Gummischrot und Tränengas einsetzen. Und schliesslich versuchte am Karfreitag nach einer Streitschlichtung ein völlig unbeteiligter Mann einem Polizeibeamten die Waffe aus den Holster zu reissen, worauf der Angreifer überwältigt werden musste; dabei wurden zwei Polizisten verletzt.

Drohungen und Gewalt

Der Schweizerische Polizeibeamten-Verband (VSPB) dokumentiert schon seit Jahren die steigende Gewaltbereitschaft gegen Polizeiangehörige, und auch die Kriminalstatistik weist im Berichtsjahr 2018 insgesamt 3'047 Fälle wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte aus. Also mehr als acht Mal pro Tag wird in der Schweiz

ein Beamter bedroht oder erlebt Gewalt. Diese Zahlen müssen die Gesellschaft und vor allem die Politik hellhörig machen.

Ein Blick über die Grenze nach Deutschland zeigt ein noch dramatischeres Bild, wobei die Gefahr besteht, dass wir bald nicht mehr weit davon entfernt sind. Als kürzlich eine Polizeipatrouille in der Stadt Mülheim an der Ruhr in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Verkehrskontrolle ein Fahrzeug mit vier Insassen stoppte, wurden die Polizisten von einem 50-köpfigen Mob umzingelt und bedroht. Weil die Lage zu eskalieren drohte, wurde ein grösseres Mannschaftsaufgebot aus der Region zusammengezogen, damit die Kontrolle überhaupt durchgeführt werden konnte.

Wer die deutschen Medien regelmässig konsumiert, stellt mit Besorgnis fest, dass Angriffe gegen Sicherheitskräfte an der Tagesordnung sind und vermehrt in Ausgehmeilen und Problemzonen mit einem hohen Ausländeranteil («No-go-areas») auftreten. Was aber bedeutet diese gefährliche Entwicklung? Es werden künftig viele qualifizierte junge Männer und Frauen nicht mehr bereit sein, diesen hochinteressanten Beruf zu ergreifen. Damit die Korpsbestände in den einzelnen Kantonen durch Kündigungen, Pensionierungen und anderen Abgängen nicht weiter abnehmen, werden wohl in einer ersten Phase Leute rekrutiert, die über eine geringere Qualifikation verfügen. Dies kann aber niemals im Sinne der Polizeikorps und schon gar nicht im Sinne des Bürgers sein.

«Den falschen Beruf gewählt»

Als in einer deutschen Talkshow die Bochumer Frontpolizistin und Buchautorin Tania Kambouri*) von der Respektlosigkeit unzähliger ausländischer Männer ihr als Frau gegenüber erzählte, reagierte ein deutscher SPD-Abgeordneter mit abfälligen Bemerkungen und unterstellte der Polizistin, den «falschen Beruf» gewählt zu haben. Damit wollte dieser SPD-Mann offenbar verhindern, dass sein romantisches Weltbild Schaden erleiden könnte.

Wer meint, ohne Polizei ganz gut leben zu können, dürfte rasch und hart auf dem Boden der Realität landen. Und der Traum ohne Polizei wird spätestens im Angesicht von Einbrechern oder Räubern schnell zum Albtraum mutieren. Gehen wir also pfleglich mit unserer Polizei um.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

*) «Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin»

Verlag Piper, München/Berlin 2015, ISBN 978-3-492-06024-0

*Mit dem
Rahmenvertrag
verlangt Brüssel von
der Schweiz einen*

Blankoscheck,

*zu dem die EU erst
nach Unterzeichnung
mitzuteilen bereit ist,
wzu sich die Schweiz
mit diesem Vertrag*

verpflichtet

hat.

EU-Rahmenvertrag:
Behauptungen und Tatsachen



Liquidation des Bilateralismus

Wie kommen bilaterale Verträge zustande? Sie resultieren aus Verhandlungen zweier souveräner Staaten bzw. Staatenverbünden (wie die EU einer ist). Beide Parteien sind in den Verhandlungen gleichberechtigt und gleichwertig. Die Verhandlungen finden auf gleicher Augenhöhe statt. Keine Partei kann der anderen ihren Standpunkt aufzwingen. Die Interessen beider Parteien werden unter Gleichberechtigten gegeneinander abgewogen, bis Lösungen gefunden werden, die beide Parteien als gleichberechtigte Verhandlungspartner befriedigen.

Auf diesem Weg sind die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU zustande gekommen.

Die EU will sich – das erklärt sie ganz offen – mit solcher Gleichberechtigung nicht länger abfinden. Mit dem Rahmenvertrag will sie erreichen, dass Brüssel fortan das alleinige Sagen hat zu all jenen Fragen, welche die EU allein als «binnenmarktrelevant» erklärt. Das, was Brüssel als «binnenmarktrelevant» deklariere, müsse die Schweiz fortan automatisch übernehmen. Brüssel befiehlt. Die Schweiz hat sich zu fügen.

Sollten Meinungsverschiedenheiten entstehen, dann entscheide der EU-Gerichtshof – das Gericht der EU – verbindlich, als letzte Instanz. Wolle oder könne die Schweiz – weil hier eine Volksabstimmung anderes beschlossen hat – einen solchen Entscheid nicht übernehmen, dann erlasse Brüssel Sanktionen, Strafmassnahmen gegen die Schweiz. Die EU befiehlt, die Schweiz hat's zu schlucken.

Mit dem Rahmenvertrag wird bilaterale Gleichberechtigung ein- für allemal annulliert. Von der Schweiz wird Unterwerfung, wird Gehorsam verlangt.

Was immer auch Economiesuisse behauptet – Tatsache ist: Der Rahmenvertrag ist der Killer des Bilateralismus.

S.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 23)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Am 13. Februar 1994 verstirbt der legendäre Fritz König, eine unvergessliche und prägende Persönlichkeit mit grössten Verdiensten für die SVP, das Unternehmertum, den gewerblichen Mittelstand und unsere Landesverteidigung, im 86. Altersjahr. Auch nach seinem altersbedingten Rücktritt als Direktor des Schweizerischen Spenglermeister- und Installateurverbandes (SSIV) im Jahre 1983 hat er weiterhin verschiedene Funktionen im öffentlichen Interesse ausgeübt.

Fritz König war ein Mann mit Weitblick und von unglaublicher Schaffenskraft. Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf (später Fraktionschef, Kantonsratspräsident, SVP-Kantonalpräsident und Generaldirektor der «Winterthur»), der seinerzeit mit Fritz König beim SSIV zusammengearbeitet hat und ihm als Direktor nachfolgte, würdigt ihn in seinem Nachruf wie folgt:

«In beidem war Fritz König begabt: In der messerscharfen Erkenntnis und in der nachhaltigen Mitgestaltung. Über sein Weltbild liess er nie Zweifel aufkommen: Dem Leistungswilligen sind keine Schranken zu setzen. Ihn hat man gewähren zu lassen. Dabei hatte König den aufgeschlossenen, initiativen und zukunftsorientierten Kleinunternehmer vor Augen. Nicht den jammernden, nur auf seinen eigenen Vorteil bedachten, engstirnigen Gewerbler, sondern den sozial aufgeschlossenen, informierten und einsatzfreudigen Unternehmer. Für diesen »Mittelstand« hat sich Fritz König zeit seines Lebens eingesetzt. Mit Erfolg. Manche Entwicklung im schweizerischen Gewerbe (zum Beispiel berufliche Ausbildung,

Marktordnung, Standespolitik) prägte er an vorderster Stelle. Er hatte Einsitz in zahlreichen Gremien des Schweizerischen Gewerbeverbandes sowie in eidgenössischen Expertenkommissionen. Bei Podiumsdiskussionen war er ein Meister rhetorischer Kunst. Ignoranten konnte er schonungslos blossstellen, ernsthaften Konkurrenten mit entwaffnendem Humor begegnen. Eloquent trug er seine Überzeugung vor. Sein Herz schlug für das Gewerbe.»

Zudem kommandierte König das damalige Stadtzürcher Infanterieregiment 27 und später die Reduitbrigade 24. Daneben war er Präsident der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich. Ebenso wurde er zum Präsidenten der eidgenössischen Rüstungskommission berufen, und er war Mitbegründer der BGB und Präsident der SVP der Stadt Zürich.

Ich habe Fritz König insbesondere als Präsident des «Kuratoriums Blau/Weiss», der Gönnervereinigung der SVP des Kantons Zürich, kennen und schätzen gelernt. Als beim Jahresanlass 1993 im «Atlantis» eine Rockgruppe auftritt, die mir empfohlen worden ist, deren Lautstärke jedoch die Grenze des Erträglichen trotz mehrerer Interventionen überschreitet, sodass etliche Besucher den Saal verlassen, bleibt Fritz König seelenruhig. Er lässt sich sogar auf ein Tänzen mit der singenden «Rockgöre» ein.

Warum erwähne ich all das? Weil mir Fritz König als aussergewöhnliche Persönlichkeit in Erinnerung bleibt, wie sie heute rar geworden sind – als Persönlichkeit, welche Vorbild sein sollte für die heutige wohlstandverwöhnte Zeit, in der viele ernten, aber nicht säen wollen.

Kurz vor den Gemeinde- und Stadtratswahlen vom 6. März 1994 veröffentlicht Nationalrat und Stadt-

Kurz vor den Gemeinde- und Stadtratswahlen vom 6. März 1994 veröffentlicht Nationalrat und Stadt-

Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

**Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.**

**Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!**

www.protell.ch/jetzt
www.protell.ch/maintenant
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78

PROTELL

EINLADUNG

am 9. und 10. Juni, 11–18 Uhr
zum offenen Weinkeller in Benken (ZH)

- Degustation der eigenen Weine
- Kleine Festwirtschaft, am Montag 10. Juni mit vor Ort geräuchertem Fisch

Auf Ihren Besuch freuen sich

Roland + Esther Müller
Weingut Wylandblick
untere Bergstrasse 9
8463 Benken (ZH)

www.weingut-Wylandblick.ch

partner
Wir akzeptieren
100% WIR

parteipräsident Walter Frey einen eindringlichen Appell unter dem Titel «So darf es in Zürich nicht weitergehen!» Er geisselt das Chaos rund um die gescheiterte liberale Drogenpolitik, prangert den Notstand bezüglich Sicherheit an («Man darf sich in Zürich bald nicht mehr allein auf die Strasse begeben») und warnt: «Die Stadt Zürich steht vor dem finanziellen Ruin.»

Die Rechtsverwilderung – mit der stadträtlichen Duldung der Hausbesetzung um das «Wohlgroth-Areal», der Missstand im Asylbereich und die Tatsache, dass man Straftäter wegen fehlender Gefängnisplätze einfach laufen lasse – sei skandalös. Es gelte daher, alle bürgerlichen Kräfte zu mobilisieren und an die Urne zu bringen. Für den Stadtrat tritt Gody Müller an, Präsident der SVP-Gemeinderatsfraktion und Kadermann bei der damaligen Rentenanstalt, ein eloquenter Mann mit klarem Programm.

Und in der Tat: Die kämpferische SVP wird belohnt; sie ist die unbestrittene Wahlsiegerin der Gemeindewahlen 1994. In der Stadt Zürich steigert sie ihren Wähleranteil von 7,9 auf 14,2 Prozent – und ihre Mandate im Stadtparlament von 7 auf 19. Gesamtkantonal gewinnt sie in den 12 Parlamentsgemeinden 22 zusätzliche Mandate und steigert ihre Mandatszahl von 83 auf 105. In den Parlamenten tauchen erstmals Köpfe wie Alfred Heer oder Jürg Stahl auf, die künftig von

sich reden machen werden. Mit Bruno Heinzelmann stellen wir neu den Stadtpräsidenten von Kloten, der aus einem harten Kampf als Sieger hervorgegangen ist. Jakob Menzi, der zweite SVP-Stadtpräsident im Kanton, wird in Bülach im Amt sehr gut bestätigt.

Gody Müller, der hervorragend gekämpft hat, verfehlt den Einzug in den Zürcher Stadtrat nur knapp. Die positive Seite: Wir können nun uneingeschränkt eine konsequente, kluge Oppositionspolitik gegen die rot-grüne Misere betreiben – mit dem ganzen Gewicht der 19 SVP-Mandate.

*

Die Verhältnisse mögen heute etwas anders sein: Aber die SVP und die bürgerlichen Kräfte werden auch heute und morgen nur Erfolg haben, wenn sie (wieder) kämpfen, den politischen Gegner angreifen, besser zusammenarbeiten, die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und eine überzeugende, verständliche Politik betreiben.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Mittwoch, 5. Juni 2019, 18.15 Uhr

EU-Rahmenabkommen unter der Lupe

Öffentliches Podiumsgespräch mit Dr. Konrad Hummler, Ökonom; Dr. Regula Stämpfli, Politologin; Prof. Dr. Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker; Prof. Dr. Andreas Glaser, Rechtswissenschaftler Universität Zürich, Hauptgebäude, KOL-G-217 EV, Rämistrasse 71, 8006 Zürich

Mittwoch, 5. Juni 2019, 19.30 Uhr

Info-Abend «EU-Rahmenabkommen (InstA)»

Worum geht es? Wie aktiv werden in der Meinungsbildung? Werner Gartenmann, Auns, Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit» Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern-Bümpliz

Dienstag, 11. Juni 2019, 19.30 Uhr

Ja zur Schweiz

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer Hotel Bad Bubendorf, Kantonsstrasse 3, 4416 Bubendorf/BL

Sonntag, 16. Juni 2019, 10.30 Uhr

Säntisblick-Frühschoppen der SVP Weinland

Nationalrat Roger Köppel: «Für eine freie und weltoffene Schweiz»; Festwirtschaft in der Hofbeiz der Familie Wipf, im Nägeli 2, 8460 Marthalen/ZH

Mittwoch, 3. Juli 2019, 8.00–21.30 Uhr

«Schweizerzeit»-Tagesausflug in die Schweizer Geschichte

mit Jürg Stüssi-Lauterburg und Ulrich Schlüer Schlacht bei Sempach, «Schreckenstag» Nidwalden 1798; ab Carparkplatz Sihlquai beim Hauptbahnhof Zürich

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2019: nur Fr. 50.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

BESTSELLER



Bevölkerungsaustausch in Europa

Wie eine globale Elite die Massenmigration nutzt, um die einheimische Bevölkerung zu ersetzen

Hermann H. Mitterer

Sowohl in der EU als auch in der Schweiz werden Politanstrengungen sichtbar, mittels Masseneinwanderung ungeliebte eigene Bürger – vor allem solche, die sich in Parteien organisieren, welche die Brüssel-Orientiertheit ihrer Regierungen immer schärfer kritisieren – politisch auszugrenzen. Auch beobachtet man obrigkeitliche Anstrengungen, mittels geförderter Masseneinwanderung einheimische Bevölkerungen in die Minderheit zu versetzen. Eine brisante Neuererscheinung befasst sich mit solchen Tendenzen.

Kopp, Rottenburg 2019, 202 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 22.90)
Verkaufspreis Fr. 21.75



Widerworte

Gedanken über Deutschland

Alice Weidel

Die Autorin ist Co-Präsidentin der AfD-Bundestags-Fraktion in Deutschland. Kompetent und mutig analysiert sie Sachverhalte, was schliesslich sichere Beurteilung ermöglicht. Dafür muss sie unglaubliche Schmäh-Tiraden über sich ergehen lassen. In ihren Gedanken über Deutschland dokumentiert sie, wie die etablierten, blindlings nach Brüssel ausgerichteten traditionellen Parteien in die Krise fehlender Lösungen für drängende Probleme geraten sind.

Plassen, Kulmbach 2019, 147 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 19.90



Das Schweizer EU-Komplott

Carl Baudenbacher

Carl Baudenbacher arbeitete während 23 Jahren als Richter am Efta-Gerichtshof; von 2003 bis 2017 präsidierte er diesen Gerichtshof. Er gewann dabei umfassenden Einblick in die Art und Weise, wie die EU auf Meinungsverschiedenheiten mit Vertragspartnern reagiert.

Vertragspartnern reagiert.

Aus dieser Erfahrung formuliert er seine Kritik am Bundesrat, der den Rahmenvertrag mit der EU blauäugig als «der Rechtssicherheit dienend» empfiehlt – obwohl dieser Vertrag die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Richter vorantreibt. Niemand, der über die Zukunft der Schweiz entscheiden will, kommt an diesem Erfahrungsbericht eines im Umgang mit der EU zum Experten gewordenen Autors vorbei.

Carl Baudenbacher: «Das Schweizer EU-Komplott».
Münster-Verlag, Basel 2019, 246 S., geb. (Richtpreis Fr. 26.–)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 24.70

Büchertisch

AKTUELL



Die geheime Migrationsagenda

Wie elitäre Netzwerke mithilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen

Friederike Beck

Migration: Längst ein «Hauptgeschäft» grosser internationaler Organisationen. Genauer, von vernetzten Staatsbürokratien mit EU, Uno sowie weltweit agierender NGOs. Deren Ziel, weist die Autorin nach, besteht nicht zuletzt darin, Nationalitäten, Nationalstaaten, die Selbstbestimmung von Völkern, also die Demokratie zu beseitigen – auf dass ein Herrschaftsnetz bürokratischer Apparate möglichst weltweit durchgesetzt werden kann. Eine wahrhaft brisante Dokumentation.

Kopp, Rottenburg 2016, 303 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



50 Jahre Umerziehung

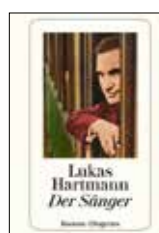
Die 68er und ihre Hinterlassenschaften

Josef Kraus

Der Autor war während vieler Jahre Präsident des Deutschen Lehrerverbands. Seine Kritik an der von den 68ern ausgehenden Bildungszerstörung fällt schonungslos aus. Als Referent fand er auch in der Schweiz viel Applaus für seine an echten Werten und echter Bildung orientierte Bildungspolitik. Ein wichtiges, interessantes und wegweisendes Buch.

Manuscriptum, Lüdinghausen 2018, 189 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.80) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

SCHWEIZ



Der Sänger

Roman

Lukas Hartmann

Lukas Hartmann präsentiert eine Biographie des seinerzeit weltberühmten Sängers Joseph Schmidt aus Czernovitz (heute Ukraine), die mehr ist als ein historischer Roman. Einem begnadeten Tenor wird – da körperlich zu klein – die Opernbühne versperrt. Aber Zehntausende besuchten seine Konzerte und er wurde reich. Als Jude musste er vor den Nazis flüchten – schliesslich in die Schweiz, wo ihm, völlig verarmt, ein trauriges Ende in Girenbad beschieden war.

Diogenes, Zürich 2019, 288 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.–) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 28.50

HÖRBUCH



Liebesnovellen und andere Raubtiergeschichten

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Barbara

Wolf Biermann

Biermanns Lieder und Gedanken werden nicht in der Sprache Goethes vorgetragen. Biermann liebt das Derbe, das Unmittelbare, Ungeschminkte.

Sein Hörbuch aber vereint Geschichten und Betrachtungen, die aufs beklemmendste zeigen, was geschehen kann, wenn Kultur zum Machtinstrument der Herrschenden erniedrigt wird. Die DDR befahl regimegetreuen Durchschnitt mit Mitteln brutaler Macht. Dies wurde überwunden. Aber wenn Kultur Politikern mit Staatskassen ausgeliefert wird, kann auch mit Geld ein Mainstream institutionalisiert werden. Politik und Kultur: Erkenntnisse eines Kulturschaffenden, der beschreibt, wie er darunter gelitten hat. Bewegend – selbst wenn man gelegentlich an den Derbheiten in seiner Sprache Anstoss nimmt.

Hörbuch Hamburg, gelsen von Manuel Soubeyrand, 6 CDs, Gesamtspieldauer 440 Min., (Richtpreis Fr. 27.90) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 26.50

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Leonardo da Vinci (1452–1519)

Sämtliche Gemälde und Zeichnungen

Frank Zöllner

In einem grossartigen Bild- und Textband wird das Gesamtwerk eines der bedeutendsten Künstler und Gestalter des Abendlands in Erinnerung gerufen – zu seinem 500. Todestag. Leonardo da Vinci war Maler, Techniker, Pröbler, Gestalter, Erfinder – eine der wegweisendsten Persönlichkeiten des Abendlands. Zeitweise mit den Medicis liiert, entfaltete er seine Schaffenskraft und seinen Erfindergeist in Florenz.

Der repräsentative Bildband vereint nicht nur fertige Werke. Er vermittelt auch Studien und lässt den Leser und Beobachter die Entstehung unvergesslicher Schöpfungen des grossen Künstlers mitverfolgen. Ein wahrhaft einzigartiges Werk, mit dem man sich tagelang beschäftigen kann.

us

Frank Zöllner: «Leonardo da Vinci (1452-1519) – Sämtliche Gemälde und Zeichnungen». Taschen, Köln 2019, 704 S., geb, Grossformat, sehr reich illustriert (Richtpreis Fr. 49.70) Ihr Preis bei «Schweizerzeit»: Fr. 47.20

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- ☐ Hermann H. Mitterer – Bevölkerungsaustausch in ... à Fr. 21.75
☐ Alice Weidel – Widerworte à Fr. 19.90
☐ Carl Baudenbacher – Das Schweizer EU-Komplott à Fr. 24.70

Aktuell

- ☐ Friederike Beck – Die geheime Migrations ... à Fr. 13.80
☐ Josef Kraus – 50 Jahre Umerziehung à Fr. 29.25

Schweiz

- ☐ Lukas Hartmann – Der Sänger à Fr. 28.50

Hörbuch

- ☐ Wolf Biermann – Barbara à Fr. 26.50

Buchzeichen

- ☐ Frank Zöllner – Leonardo da Vinci à Fr. 47.20

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(10/31.05.2019)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00 – 22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 31.05.2019	Stammtisch-Live	Schweizer Augenärzte operieren in Mexico Ulrich Schlüer im Gespräch mit Dr. Alex Heuberger
Freitag, 07.06.2019	Landmann-Talk	Im Blick auf die eidgenössischen Wahlen Toni Brunner, Dänu Wisler, Christoph Mörgeli, Pascal Blöchliger und Ulrich Schlüer
Freitag, 14.06.2019	Stammtisch	Andreas Thiel der Gratwanderer Valentin Landmann im Gespräch mit Andreas Thiel, Satiriker
Freitag, 21.06.2019	Magazin	Reglementitis: Bedroht Bürokratie das Schweizer Berufsausbildungs-System? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Diana Gutjahr, SVP-Nationalrätin; Markus Bösiger, Malermeister, und Paul Mayer, Unternehmer und SVP-Kantonsrat ZH

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnat-Kappel

Freitag, 31.05.2019 16.00 Uhr	Stammtisch	Reglementitis: Bedroht Bürokratie das Schweizer Berufsausbildungs-System? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Diana Gutjahr, SVP-Nationalrätin; Markus Bösiger, Malermeister, und Paul Mayer, Unternehmer und SVP-Kantonsrat ZH
Freitag, 31.05.2019 21.00 Uhr	Stammtisch-Live	Im Blick auf die eidgenössischen Wahlen Ulrich Schlüer, Toni Brunner, Dänu Wisler und Christoph Mörgeli



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

14. Juni 2019

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00

IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'955 (1. Sept. 2018)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Fremde Arten

Der Bundesrat sagt der Überfremdung den Kampf an. Genauer gesagt: Die Landesregierung hat Mitte Mai schärfere Gesetze angekündigt, um den Schaden einzudämmen, den «invasive gebietsfremde Pflanzen» hierzulande anrichten.

So läuft das nämlich in diesem Land: Jene Kreise, welche die unkontrollierte Masseneinwanderung begrüssen und auch illegale Migration viel zu oft tolerieren, haben ein gewaltiges Problem damit, wenn sich aus dem Ausland eingeschleppte Pflanzen und Tiere in der Schweiz ausbreiten und einheimische Arten verdrängen.

Zum Schutz der hier angestammten Arten braucht es deshalb die eiserne Hand von Vater Staat, der dem Wildwuchs nicht heimischer Tiere und Pflanzen resolut Einhalt gebietet. Das «Anti-Fremden-Massnahmenpaket in Flora und Fauna» (Titulierung des Autors) soll 90 Millionen Franken kosten, wovon 25 Millionen auf private Grundstückbesitzer abgewälzt werden sollen. Sprich: Private sollen verpflichtet werden, störende fremde Biomasse auszurotten.

Der Bundesrat schätzt den wirtschaftlichen Schaden, der durch gebietsfremde Arten alleine in der EU entsteht, auf

rund 20 Milliarden Euro pro Jahr. Man geht davon aus, dass sich in der Schweiz weit über hundert invasive oder potenziell invasive gebietsfremde Arten ausgebreitet haben, welche in der Forst- und Landwirtschaft gewaltige Probleme verursachen, weil sie bei uns teilweise keine «natürlichen Feinde» vorfinden und ganze Ernten vernichten.

Sehr wahrscheinlich handelt es sich hier in der Tat um ein ernsthaftes Problem, welches zu Recht bekämpft wird. Ich kann mir meinen Unmut über die sich am Thema Artenvielfalt offenbarende Doppelmoral dennoch nicht verkneifen. Wenn es um die Ausbreitung fremder Tiere und Pflanzen geht, pochen Bundesrat, Verwaltung und Öko-Verbände rigoros darauf, dass Grenzen gesetzt und die negativen Aspekte debattiert werden.

Zu den negativen Folgen unkontrollierter Einwanderung von Menschen auf den Sozialstaat, die Infrastruktur und den Energieverbrauch schweigen sich dieselben Kreise aus.

Anian Liebrand

Schluss Punkt